



Menschenrechte Schweiz MERS
Association suisse pour les droits de la personne
Human Rights Switzerland

Gesellschaftsstrasse 45, CH-3012 Bern
Telefon ++41(31) 302 01 61, Fax ++41(31) 302 00 62
E-Mail: info@humanrights.ch, Website: www.humanrights.ch

Menschenrechte im Parlament

Session 4. – 22. März 2002

„Menschenrechte im Bundeshaus“ gibt eine Übersicht über die in der jeweiligen Session behandelten Menschenrechtsgeschäfte im Parlament. Sie ergänzt die Dienstleistung „Menschenrechte im Parlament“, die jeweils vor jeder Session zuhanden der Parlamentarier/innen die wichtigsten Menschenrechts-Vorstösse aus Sicht der NGO kurz kommentiert und mit einer Abstimmungsempfehlung versieht.



MENSCHENRECHTE IM PARLAMENT

- Geschäfte im Zusammenhang mit internationalen Konventionen

Respektierung der Genfer Konventionen

02.9100 Erklärung des Nationalrates

Der Nationalrat hat eine Erklärung zu den Genfer Konventionen abgegeben. Diese Konventionen gälten als unverrückbare Mindestnormen, die auf keinen Fall in Frage gestellt, sondern angewandt und wo nötig ausgebaut werden müssten, heisst es darin. Der Terrorismus sei eine krasse Negierung der universellen humanitären Grundsätze, der auf der Grundlage der universellen Grundwerte bekämpft werden müsse, ohne dabei die humanitären Regeln des Völkerrechts zu verletzen. Der Nationalrat rief alle Länder auf, besonders heute im Kampf gegen den Terrorismus die Genfer Konventionen zu achten, in der Praxis (Behandlung der Soldaten, Gefangenen und der Zivilbevölkerung) sowie auf rechtlicher Ebene (de-jure-Anwendung: bedingungslos und nicht selektierend). Ausgelöst wurde diese Erklärung durch einen Antrag von Remo Gysin (SP, Basel-Stadt) in der APK/NR als Reaktion auf die Haftbedingungen der Al-Qaida-Kämpfer auf Kuba.

25 Jahre Opferschutz-Protokoll

Am 8. Juni 2002 findet das 25-jährige Jubiläum des Inkrafttretens der Zusatzprotokolle zu den Genfer Abkommen über den Schutz der Opfer internationaler und nicht-internationaler bewaffneter Konflikte statt. Die APK/NR will sich dafür einsetzen, dass eine allgemeine Erklärung zur Respektierung der Genfer Konventionen abgegeben wird.

Die Schweiz und die Konventionen der UNO

00.3473 Postulat Remo Gysin

Der Nationalrat hat im Einklang mit Bundesrat Joseph Deiss ein Postulat von Remo Gysin (SP, Basel-Stadt) abgelehnt, das alle vier Jahre einen Bericht über den Stand der Umsetzung der verschiedenen UNO-Konventionen verlangte, wie dies bei der EMRK getan werde. Der Aussenminister sprach sich dagegen aus mit dem Hinweis auf die regelmässig erscheinenden Staatenberichte und auf die Website des EDA, wo diese Informationen zu finden seien. Da die Mehrzahl der multilateralen Verträge jeweils vom Parlament beschlossen würden, seien die Parlamentarier/innen in die Entscheidungsprozesse einbezogen. Überdies wäre ein alle vier Jahre erscheinender Bericht zu wenig aktuell, sagte Deiss.

UNO-Ausschuss zur Antirassismus-Konvention

02.5077 Fragestunde im Nationalrat

Hans Fehr (SVP, Zürich) wollte wissen, ob sich die Schweiz die Kritik der UNO am Zweikreismodell für den Arbeitsmarktzugang, am Einbürgerungsverfahren, an Polizeigewalt, den Zwangsmassnahmen gegenüber Ausländern sowie der Behandlung der Fahrenden gefallen lassen müsse. Er bezog sich dabei auf Presseberichte über die Äusserungen des UNO-Ausschusses zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, die während der Behandlung des Schweizer Staatenberichts zur Antirassismus-Konvention gefallen waren. Bundesrätin Ruth Metzler erklärte, der UNO-Ausschuss habe sich in seinen kritischen Fragen im Wesentlichen auf einen vom Forum gegen Rassismus verfassten Bericht abgestützt, der in zahlreichen Punkten den rechtlichen und tatsächlichen Gegebenheiten nicht entspreche. Die Fragen hätten jedoch von der Schweizer Delegation in vielen Punkten zur Zufriedenheit des Ausschusses beantwortet werden können.

Fakultativprotokoll zur Kinderrechts-Konvention

01.053

Der Ständerat hat mit 39 zu 0 Stimmen der Ratifikation des Fakultativprotokolls des Übereinkommens über die Rechte des Kindes (Kinderrechts-Konvention, 1989) betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten zugestimmt. Unterzeichnet wurde das Protokoll von der Schweiz im September 2000. Bis heute haben es 16 Staaten ratifiziert und 99 weitere Staaten unterzeichnet; es ist seit 12. Februar 2002 in Kraft.

Das Protokoll erhöht das Mindestalter für die obligatorische und freiwillige Rekrutierung auf 18 Jahre (von heute 15 Jahren gemäss Art. 38 Kinderrechts-Konvention) und setzt das Alter der Rekrutierung Freiwilliger für Streitkräfte auf 16 Jahre fest. Bundesrat Joseph Deiss wertete das Zusatzprotokoll als wichtigen Schritt zur Verbesserung des Schutzes der Kinder in bewaffneten Konflikten.

Protokoll Nr. 12 der EMRK zur Verhinderung von Diskriminierungen

00.3674 Motion Franziska Teuscher

Das Zusatzprotokoll zur EMRK beinhaltet ein allgemeines Diskriminierungsverbot, das heisst die Teilhabe an allen gesetzlichen Rechten ohne Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes, der Rasse, der Hautfarbe, der Sprache oder Religion. Es stellt eine Erweiterung des Rechtsschutzes gegenüber den bisherigen Garantien der EMRK dar. In ihrer Motion wies Franziska Teuscher (Grüne, Bern) darauf hin, dass das Zusatzprotokoll mit der schweizerischen Rechtsprechung vereinbar sei; in der Bundesverfassung und im Gleichstellungsgesetz seien die Gleichstellung von Frau und Mann und gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit erwähnt. Das Zusatzprotokoll bringe ein neues, zusätzliches Werkzeug für die Überprüfung der verfassungsmässig garantierten Lohngleichheit. Damit auch Frauen in der Privatwirtschaft den verfassungsmässig garantierten gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit erhielten, müsse das Diskriminierungsverbot auch im privaten Arbeits- und Vertragsverhältnis zwischen Arbeitnehmerin und Arbeitgeber gelten, sagte Teuscher. Gerade hier wäre eine Überprüfung durch Strassburg sehr sinnvoll.

In seiner Antwort auf die Motion unterstrich der Bundesrat die Bedeutung des Zusatzprotokolls für die Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau. Der Bund ist daran, eine Gesamtprüfung aller internationaler Rechtsinstrumente zusammen mit den Gemeinden bis Ende 2002 vorzunehmen; dann wird er entscheiden, ob er das Zusatzprotokoll unterzeichnen und ratifizieren will. Deshalb hat der Nationalrat die Motion nur als Postulat überwiesen.

ILO-Konvention zum Schutz der Mutterschaft

00.3243 Interpellation sozialdemokratische Fraktion

01.3212 Motion SGK-NR (00.309)

Die SP wollte mit einer Interpellation wissen, welche Haltung der Bundesrat zur vorgeschlagenen Revision des ILO-Abkommens Nr. 103 zum Schutz der Mutterschaft einnehmen werde. Das Mutterschutz-Abkommen aus dem Jahr 1952 ist nur von 36 Staaten unterzeichnet worden – für die ILO ein Grund, es zu revidieren. Die SP vertrat durch deren Sprecherin Valérie Garbani (SP, Neuenburg) die Ansicht, das neue Abkommen (Nr. 183) sei eine Verwässerung des ersten Abkommens, und fordert den Bundesrat deshalb auf, noch das alte ILO-Abkommen (Nr. 103) zu unterzeichnen, um ihm mehr Bedeutung zukommen zu lassen.

Für die Unterzeichnung des neuen Abkommens (Nr.183) sprach sich dann die Minderheit der SGK aus. Bundesrat Pascal Couchepin lehnte diesen Minderheitenantrag ab mit dem Verweis auf die Praxis der Schweiz, neue Konventionen erst zu unterzeichnen, wenn das innerstaatliche Recht dies erlaube. Die Vorschläge für eine Mutterschaftsversicherung seien dazu noch nicht genügend ausgereift. Erst wenn die Gesetzgebung entsprechend geändert und im Falle eines Referendums vom Volk angenommen worden sei, könne ein Beitritt anvisiert werden. Der *Nationalrat* folgte dem Bundesrat und lehnte die Überweisung der Motion mit 102 gegen 62 Stimmen ab.

Gender-Mainstreaming als Strategie zur Gleichstellung

00.466 Parlamentarische Initiative Franziska Teuscher

Franziska Teuscher (Grüne, Bern) verlangt mit einer Parlamentarischen Initiative die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage, mit der das Gender-Mainstreaming auf Bundesebene als verbindliches Leitprinzip verankert werden soll. Sie begründet den Vorstoss mit dem Aktionsplan der Schweiz zur Gleichstellung von Frau und Mann von 1999. Dieser fordert, dass die geschlechterbezogene Perspektive in die Rechtsvorschriften einbezogen werden müsse, und dass in allen öffentlichen Politikbereichen, Programmen und Projekten die Perspektive der Gleichstellung anzuwenden sei. Um dies verbindlich sicherzustellen, sei ein Gesetz nötig. Das Ministerkomitee des Europarates hat 1998 die Empfehlung an die Mitgliedstaaten verabschiedet, Gender-Mainstreaming als Instrument zur Förderung der Gleichstellung einzusetzen. Obwohl die Schweiz als Mitgliedstaat damit gefordert ist, in diesem Sinne tätig zu werden, hat die WBK/NR die Ablehnung der Initiative beantragt – der *Nationalrat* folgt dieser Empfehlung und lehnt den Vorstoss ohne Diskussion mit 118 zu 51 Stimmen ab.

Zivildienstgesetz. Revision

01.060

Der *Nationalrat* hat als Erstrat die Beratung des revidierten Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst vorgenommen. Die Revision soll das Gesetz aufgrund der fünfjährigen Erfahrungen mit dem Zivildienst optimieren und an die laufende Armeeformen anpassen. Unter anderem wird die Verkürzung des Zivildienstes von 1,5 auf 1,3 Mal die Länge des Militärdienstes vorgeschlagen. An der bisherigen Praxis der Gewissensprüfung, welche lediglich religiöse und philosophisch-ethische Motive, jedoch keine explizit politischen anerkennt, wird festgehalten. Sodann wird der Grundsatz der Anhörung für alle

gesuchstellenden Personen verankert; bis jetzt waren Angehörige bestimmter Religionen (de facto Angehörige der Zeugen Jehovas) von einer persönlichen Anhörung entbunden. Gemäss der Praxis des UN-Menschenrechtsausschusses, dem Kontrollorgan des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte (Pakt II), war die bisherige schweizerische Regelung des Zivildienstes mit ihrer Kombination von aufwändiger Gewissensprüfung und Tatbeweis fragwürdig. Dass eine längere Dauer des Zivildienstes nicht auf objektiven Gründen beruht, wie zum Beispiel gegeben durch die Notwendigkeit einer besonderen Ausbildung, sondern einzig dadurch begründet ist, die Ernsthaftigkeit des Gewissenskonfliktes zu belegen, verurteilte der Menschenrechtsausschuss als Verstoss gegen das Zwangsarbeitsverbot gemäss Art. 8 Pakt II.

Nichteintreten auf die Vorlage verlangte die SVP, da ihrer Ansicht nach kein Bedarf nach einer Gesetzesrevision bestehe. Der *Nationalrat* lehnte den Antrag mit 132 gegen 27 Stimmen ab, nahm aber den Antrag von Roland Wiederkehr (parteilos, Zürich) auf Rückweisung an, der die Kommission beauftragt, den Tatbeweis bei der Zulassung zum Zivildienst prioritär zu gewichten.

Ausschlaggebend für dieses Resultat mag das Missverhältnis gewesen sein zwischen Militärdienstleistenden und jenen „Untauglichen“, die in grosser Zahl auf dem sogenannte „blauen Weg“ vom Militär wegkommen – gemäss Paul Günter (SP, Bern) haben von 33 000 jungen Männern im Jahr 2001 lediglich 17 000 die RS vollendet. Dagegen melden sich nur ca. 1'500 (freiwillig!) für den 1,5 Mal so langen Zivildienst an, wovon 20 Prozent aufgrund der Gewissensprüfung nicht akzeptiert wurden.

- Sozialrechte/Sozialpolitik

Anti-Mobbing-Gesetz

00.446 Parlamentarische Initiative Josef Zisyadis

Die Parlamentarische Initiative von Josef Zisyadis (PdA, Waadt) verlangt die Schaffung gesetzlicher Grundlagen zur Verhinderung des Mobblings am Arbeitsplatz sowie eine Verschärfung entsprechender strafrechtlichen Bestimmungen. Der *Nationalrat* verweigerte der Initiative mit 116 gegen 55 Stimmen die Unterstützung und folgte damit der vorberatenden Kommission, die der Meinung war, die bestehenden gesetzlichen Grundlagen genügten zur Bekämpfung des Mobblings. Die Minderheit wies auf Lücken in der Gesetzgebung hin, insbesondere in den Bereichen Prävention, Interventionsmöglichkeiten, Beweisführung und Kündigungsschutz.

Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit

00.3228 Motion Kommission-NR (00.016)

Die Motion verlangt Massnahmen, damit in der Schweiz Vollbeschäftigung erreicht und die Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit gewährleistet wird. Begründet wird die Motion unter anderem mit de vielen „Working Poors“ in der Schweiz; gemäss Bundesamt für Statistik zählen zu ihnen 250 000 Erwerbstätige im Alter von 20 – 59 Jahren. Als Massnahmen wurden von Susanne Leutenegger Oberholzer (SP, Basel-Land) Mindestlöhne, Förderung des sozialen Wohnungsbaus, Senkung der Nahrungsmittelpreise und Verbilligung der

Krankenkassenprämien genannt. Bundesrat Pascal Couchepin hielt die Motion für unakzeptabel, auch als Postulat, da sie mit den geltenden ökonomischen Prinzipien nicht zu vereinbaren sei.

So könne zum Beispiel Vollbeschäftigung nicht vom Staat garantiert, sondern lediglich günstige Bedingungen geschaffen werden. Das Problem der „Working Poor“ sei anerkannt. Unter anderem sei eine Studie an zwei Berner Professoren in Auftrag gegeben worden, welche mögliche Lösungsansätze erarbeiten soll. Der Bericht wird voraussichtlich im Juni dieses Jahres vorliegen und die Grundlage für die weitere politische Debatte bilden. Der *Nationalrat* sprach sich mit 95 gegen 61 Stimmen gegen die Motion aus.

Mindestlohn

01.363 Postulat WAK-NR (01.2013)(Minderheit Rechsteiner Paul).

Ebenfalls keine Chance hatte ein ähnlich lautendes Postulat einer Minderheit der WAK von Paul Rechsteiner (SP, St.Gallen) über die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Der Vorstoss nahm das Anliegen einer Petition der Jugendsession auf. Rechsteiner nahm mit Befriedigung zur Kenntnis, dass der Bundesrat zu diesem Thema einen Bericht ausarbeiten lassen wolle (siehe oben). In der Debatte wurde aber bezweifelt, ob ein Mindestlohn das richtige Mittel sei, die Armut der „Working Poor“ zu bekämpfen. Obwohl Bundesrat Pascal Couchepin bereit gewesen wäre, das Postulat entgegenzunehmen, stimmte der *Nationalrat* mit 59 zu 52 Stimmen dagegen.

- Ausländer- und Asylpolitik

Beschwerderecht gegen diskriminierende Einbürgerungsentscheide

01.455 Parlamentarische Initiative SPK

Der *Nationalrat* hat die parlamentarische Initiative der SPK zur Schaffung eines Beschwerderechts gegen ablehnende Einbürgerungsentscheide mit 96 zu 52 Stimmen angenommen. Es handelt sich um eine Minimallösung, die vorsieht, dass eine von einem negativen Einbürgerungsentscheid betroffene Person den Entscheid von einem kantonalen Gericht (und allenfalls vom Bundesgericht) überprüfen lassen kann, und zwar gemäss den Grundrechten des Willkürverbots und des Diskriminierungsverbots. Das Gericht wäre befugt, den negativen Entscheid aufzuheben, aber es darf die Einbürgerung nicht selber aussprechen. Ein Recht auf Einbürgerung wird explizit verneint.

Gegen das Beschwerderecht votierten die SVP und die grosse Mehrheit der FDP mit dem Argument, damit würden Volksrechte sowie die Kantons- und Gemeindeautonomie beschnitten. Die grosse Mehrheit der CVP, die SP und die Grünen unterstützten die Vorlage. Sie waren mit Bundesrätin Ruth Metzler der Meinung, dass der Grundrechtsschutz auch im Einbürgerungsverfahren gewährt werden müsse.

Die SVP hat bereits das Referendum angekündigt.

Gegen Asylrechtsmissbrauch

01.036 Volksinitiative SVP

Der *Nationalrat* hat als Zweitrat die Initiative der SVP "Gegen Asylmissbrauch" mit 120 zu 38 Stimmen abgelehnt. Von bürgerlicher Seite wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass die meisten Forderungen der Initiative entweder bereits erfüllt seien oder im Rahmen der Totalrevision des Ausländerrechts und der Teilrevision des Asylrechtes berücksichtigt würden.

Würdiger Einsatz verfügbarer Arbeitskräfte / Kontingente für kantonale Kurzaufenthaltsbewilligungen

01.430 Parlamentarische Initiative Pierre Chiffele / 01.436 Parlamentarische Initiative Serge Beck

Abgelehnt hat der *Nationalrat* mit 74 zu 96 Stimmen die Parlamentarische Initiative von Pierre Chiffele (SP, Neuenburg), die verlangte, dass jedes Arbeitsverbot gegenüber Asylbewerber/innen aufgehoben werde, wenn ihnen ein befristeter oder ein unbefristeter Arbeitsvertrag angeboten werde, der die Normalarbeitsverträge oder die im betreffenden Wirtschaftszweig anwendbaren Gesamtarbeitsverträge respektiere. Ziel der Initiative war, die Schwarzarbeit insbesondere in der Landwirtschaft zu verhindern, indem für diesen Sektor bereits in der Schweiz anwesende Arbeitskräfte eingesetzt werden könnten.

Ebenfalls abgelehnt mit 70 zu 95 Stimmen wurde im *Nationalrat* die Parlamentarische Initiative von Serge Beck (LPS, Waadt), die für die Kantone die Kompetenz einforderte, Kurzaufenthaltsbewilligungen für vier Monate zur Ausübung einer saisonbedingten Erwerbstätigkeit zu erteilen. Begründet wurde die Initiative damit, dass die Rekrutierung von Arbeitskräften für saisonbedingte Tätigkeiten unter vier Monaten sehr schwierig geworden sei, vor allem in Wirtschaftsbereichen, die starker internationaler Konkurrenz unterliegen (Tourismus oder in der Landwirtschaft).

Die Initiativen Chiffele und Beck wurden zusammen behandelt und mit dem Argument abgelehnt, sie unterliefen sowohl die Ausländergesetzgebung – indem de facto wieder ein Saisonierstatut eingeführt würde – als auch die Asylgesetzgebung, das ein Arbeitsverbot in den ersten drei Monaten als Massnahme zur Verminderung der Attraktivität der Schweiz als Asylland vorsieht.

Nachfrage nach Arbeitskräften in der Haushaltsbranche

01.3558 - Motion Christine Goll

Der *Nationalrat* hat eine Motion von Christine Goll (SP, Zürich) mit 46 gegen 83 Stimmen abgelehnt für bessere rechtliche Arbeitsgrundlagen von Immigrant/innen in der Haushaltsbranche. Die Arbeitsbedingungen von Hausangestellten ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung sind prekär; der Vorstoss hätte ihnen den Weg ebener wollen, ihren Status zu legalisieren. Der Bundesrat wies in seiner Stellungnahme auf die kommende Freizügigkeit von Angehörigen aus EU-Ländern hin und auf die Notwendigkeit, den Zugang von Nicht-EU-Angehörigen zum schweizerischen Arbeitsmarkt nach strengen Qualitätskriterien zu kontrollieren.

Rückschaffung der Opfer von Verbrechen gegen die Menschlichkeit

01.3157 – Interpellation Valérie Garbani

Die Nationalrätin Valérie Garbani (SP, Neuenburg) wollte wissen, ob es sich mit der humanitären Tradition unseres Landes vertrage, dass Asylsuchende, die das Massaker von Srebrenica erlebt und überlebt hätten, nach einem negativen Asylentscheid gezwungen würden, nach Bosnien zurückzukehren. Bundesrätin Ruth Metzler meinte, die differenzierte Asyl- und Wegweisungspraxis im Zusammenhang mit den Asylgesuchen von Überlebenden der Massaker von Srebrenica stehe im Einklang mit der humanitären Tradition unseres Landes.

- Aussenwirtschaftspolitik

Abkehr vom Projekt Ilisu

02.5000 Fragestunde im Nationalrat

Paul Günter (SP, Bern) stellt die Frage, ob der Bundesrat bereit sei, die Exportrisikogarantie für das Staudammprojekt Ilisu in der Türkei nicht zu gewähren, da nach dem britischen Bauunternehmen Balfour Beatty, der italienischen Baufirma Impregilo und der schwedischen Skanska sich nun auch die UBS aus dem Projekt zurückgezogen habe. Bundesrat Pascal Couchepin antwortete, der definitive Entscheid für eine Exportrisikogarantie sei noch nicht getroffen, da noch gar kein definitiver Unterstützungsantrag gestellt worden sei.

- Entwicklungszusammenarbeit / Humanitäre Hilfe

Weiterführung der humanitären Hilfe

01.072

Der *Nationalrat* hat den Rahmenkredit für die internationale humanitäre Hilfe verlängert und gleichzeitig von 450 Million auf 1500 Millionen Franken aufgestockt. Darin ist (neu) auch der Beitrag an das IKRK enthalten.

Rahmenkredit für Zusammenarbeit mit Osteuropa verlängert

01.073

Der *Nationalrat* hat einen neuen Rahmenkredit von 500 Millionen Franken für drei Jahre für die Hilfe für Osteuropa genehmigt. Die Osteuropahilfe wird somit aufgestockt und verlängert. Ein Rückweisungsantrag von Ulrich Schlüer (SVP, Zürich) wurde mit 126 zu 35 Stimmen abgelehnt.

Medikamente und Entwicklungsländer

00.3256 Interpellation Anne-Catherine Ménétrety-Savary

Nationalrätin Anne-Catherine Ménétrety-Savary (Grüne, Waadt) hat in ihrer Interpellation das Problem der unzureichenden Versorgung der Entwicklungsländer mit Medikamenten aufgegriffen. Jedes Jahr stürben etwa 7 Millionen Menschen – so viele wie die Schweiz Bewohner/innen habe – an den Folgen von Malaria, Tuberkulose, Cholera und andern Infektionskrankheiten. Sie sterben, weil das Gesundheitssystem in ihren Ländern völlig unzureichend sei und weil sie nicht genügend Medikamente erhielten. Bundesrat Joseph Deiss sicherte zu, der Bundesrat werde tun, was er könne, um die Situation zu verbessern. Unter anderem unterstütze die DEZA konsequent Projekte zur Aids-Prävention. Ménétrety-Savary zeigte sich erstaunt, dass ihr der Aussenminister antworte. Sie habe eigentlich eine Antwort von dem für die WTO zuständigen Bundesrat erwartet.

- Friedenspolitik

Beteiligung der Schweiz an friedenserzwingenden Massnahmen der UNO

02.5009 Fragestunde im Nationalrat

Walter Schmied (SVP, Bern) wollte wissen, ob sich die Schweiz von der Verpflichtung zur Finanzierung von friedenserzwingenden Massnahmen der UNO entziehen könne. Bundesrat Joseph Deiss erläuterte, die Finanzierung von friedenserzwingenden wie der friedenserhaltenden Massnahmen liefen nicht über das UNO-Budget, sondern über sogenannte „coalitions de volontaires“, das heisst über freiwillige Beiträge. Die Frage nach der Neutralität stelle sich im übrigen nicht, da die Beteiligung der Schweiz an friedenserzwingenden Massnahmen durch die schweizerische Militärgesetzgebung ausgeschlossen sei.

- Einzelne Länder/ Regionen

Ägypten: Rechtshilfe in Strafsachen

01.042 Vertrag mit Ägypten

Der Nationalrat hat dem Rechtshilfevertrag mit Ägypten zugestimmt. Dieser Vertrag ist ein Instrument im Kampf gegen die internationale Kriminalität. Die Schweiz und Ägypten bekräftigen damit ihren Willen, einander bei der Verfolgung von Straftaten aktiv zu unterstützen und wirksam gegen das internationale Verbrechen vorzugehen. Bisher funktionierte der Rechtshilfeverkehr nur in Richtung Schweiz-Ägypten. Gestützt auf das Rechtshilfegesetz konnte die Schweiz Ägypten Rechtshilfe gewähren, sofern Ägypten das Gegenrecht zusicherte. Umgekehrt besass Ägypten keine gesetzliche Grundlage, der Schweiz Rechtshilfe zu leisten. Neu wurde im vorliegenden Vertrag eine Menschenrechtsklausel eingeführt. Diese verpflichtet die Vertragsparteien, den Rechtshilfevertrag im Lichte der geltenden Menschenrechtsinstrumente anzuwenden. Eine Vertragspartei kann demnach die Rechtshilfe ablehnen, wenn in einem ausländischen Verfahren, in dem um Rechtshilfe ersucht wird, konkrete Anhaltspunkte für eine Menschenrechtsverletzung vorliegen. Der Vertrag trägt der aktuellen Menschenrechtssituation in Ägypten Rechnung.

China: Schweizer Menschenrechtsdelegation in China

02.5061 und 02.5067 Fragestunde im Nationalrat

Mario Fehr (SP, Zürich) wollte wissen, ob die Schweizer Menschenrechtsdelegation, die im Januar 2002 China besucht hatte, die schweren Menschenrechtsverletzungen in Tibet angesprochen habe und ob die Schweiz beabsichtige, bei der kommenden Sitzung der UNO-Menschenrechtskommission dieses Problem anzusprechen und eine diesbezügliche Resolution mitzutragen. Pia Hollenstein (Grüne, St.Gallen) stellte eine ähnliche Frage in Bezug auf den künftigen Einsatz der Schweiz für namentlich erwähnte politische Gefangene in China. Bundesrat Joseph Deiss antwortete, die Schweizer Delegation habe tatsächlich Menschenrechtsverletzungen in Tibet angesprochen und gegenüber verantwortlichen chinesischen Behördemitgliedern präzise benannt. Was die UNO-Menschenrechtskommission angehe, so sei noch nicht klar, ob es überhaupt eine Resolution zu China geben werde. Die Schweizer Menschenrechtsdelegation habe eine Liste von politischen Gefangenen bei den chinesischen Behörden deponiert. Das EDA werde auf bilateralem Weg die Freilassung dieser Gefangenen anstreben. Die Schweiz habe nicht im Sinn, individuelle Fälle bei der UNO-Menschenrechtskommission anzusprechen.

Irak: Aktive Neutralitätspolitik

00.3328 Motion Serge Beck

Mit einer Motion verlangt Serge Beck (LPS, Waadt) Erleichterungen bei den Wirtschaftssanktionen gegenüber dem Irak, um die Ausfuhr von Lebensmitteln, Hilfsgütern und Medikamenten zu ermöglichen. Bundesrat Joseph Deiss erklärte, die schlechte Situation der irakischen Bevölkerung sei in erster Linie dem Regime anzulasten, das die Möglichkeiten dieses Programms nicht ausschöpfe. Das Programm „oil for food“ laufe Ende Mai aus. Der *Nationalrat* lehnte – als Zweirat – die Motion mit 90 zu 79 Stimmen ebenfalls ab.

Marokko: Rechtshilfe in Strafsachen

01.03801 Abkommen mit Marokko

Einstimmig hat *der Nationalrat* dem Bundesgesetz über internationale Rechtshilfe in Strafsachen mit Marokko zugestimmt.

Myanmar: Menschenrechtsverletzungen

01.307 Standesinitiative Genf.

Der Kanton Genf hat im September 2001 mit einer Standesinitiative den Bundesrat aufgefordert, bei den Behörden in Myanmar (Burma) auf die sofortige Einstellung der Menschenrechtsverletzungen und auf die Abschaffung der Zwangsarbeit hinzuwirken. Die Schweiz hat im Oktober 2000 Sanktionen gegenüber Burma erlassen, die ein Lieferungsverbot von Rüstungs- und Repressionsgütern an Burma, das Einfrieren von Guthaben in der Schweiz und ein Ein- und Durchreiseverbot gegen Mitglieder des Regimes in Burma enthalten. Gemäss Liste des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften (ICFTU) sind knapp ein Dutzend weitere Schweizer Firmen in Burma tätig, und rund 25 Schweizer Reiseveranstalter bieten Reisen nach Burma an. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) hat alle Firmen und Reiseunternehmen aufgefordert, sämtliche Geschäftsbeziehungen mit Burma abzubrechen. Um in diesem Land wirkliche Veränderungen zu erreichen, muss der politische Druck aufrecht erhalten bleiben, wie es auch von der burmesischen Demokratiebewegung gefordert wird. Die vom Bundesrat ergriffenen Massnahmen laufen im Oktober 2002 aus.

Der *Ständerat* hatte kein Gehör und lehnte als Erstrat in Minimalbesetzung und ohne Diskussion die Standesinitiative ab.

Nepal. Ausnahmezustand und Menschenrechte

02.5045 Fragestunde im Nationalrat

Anne-Catherine Ménétreay-Savary (Grüne, Waadt) stellte an Bundesrat Joseph Deiss die Frage, ob er während seines Besuchs in Nepal im April das Thema Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem verhängten Ausnahmezustand ansprechen werde. Bundesrat Joseph Deiss korrigierte, er habe für April eine Asienreise vorgesehen, aber keinen Besuch in Nepal. Im übrigen habe der Bundesrat mit Besorgnis von der Repressionswelle in Nepal Kenntnis genommen. Das EDA verfolge die Entwicklung aufmerksam über das Koordinationsbüro der DEZA in Katmandu.

Südafrika: PUK Nachrichtendienste und Apartheid

01.448 Parlamentarische Initiative Jean-Nils de Dardel

Der *Nationalrat* lehnte mit 94 zu 60 Stimmen eine Parlamentarische Initiative von Jean-Nils de Dardel (SP, Genf) zur Schaffung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zur Durchleuchtung der Beziehungen zwischen dem schweizerischen und dem südafrikanischen Geheimdienst während dem Apartheid-Regime ab. Die bürgerliche Mehrheit argumentierte, zuerst solle der Bericht der GPK-Delegation abgewartet werden. Falls nötig, könne danach immer noch eine PUK ins Leben gerufen werden.

Naher Osten: Erklärung zur Gewalt im Nahen Osten

02.9101

Der *Nationalrat* lehnte mit 75 gegen 96 Stimmen eine Resolution der APK ab mit folgendem Wortlaut:

"Nationalrat unterstreicht die Notwendigkeit einer sofortigen Beendigung der Gewalt und der Verletzungen des humanitären Völkerrechts im Nahen Osten

Der Nationalrat ist tief beunruhigt über das Andauern der kriegerischen Aktionen im Nahen Osten trotz weltweiter Appelle zur Einstellung der Feindseligkeiten. Er gibt seiner Befürchtung Ausdruck, dass die verwerflichen palästinensischen Selbstmordattentate gegen israelische Zivilpersonen nicht aufhören, solange Israel zwar die Verhaftung palästinensischer Attentäter durch die palästinensischen Sicherheitskräfte fordert, gleichzeitig aber deren Infrastruktur bombardiert. Die Zerstörung ganzer palästinensischer Dörfer, die Besetzung palästinensischer Städte mit Panzern und die systematische Demütigung der palästinensischen Bevölkerung führen zu immer weiteren Gewaltakten der Palästinenser, die unter der israelischen Bevölkerung viel Leid verursachen. Vollends inakzeptabel sind die zerstörerischen Angriffe der israelischen Armee auf Einrichtungen der Hilfswerke, die von der Schweiz mit 60 Mio. Franken mitfinanziert wurden, und z.B. die jüngste Beschädigung der evangelischen Schule in Bethlehem, die nicht zuletzt der Versöhnung der verfeindeten Volksgruppen dienen sollte.

Der Nationalrat fordert - wie der Bundesrat - die Konfliktparteien auf, im Sinne der Resolution des UNO-Sicherheitsrates, die kriegerischen Handlungen sofort einzustellen, die Normen des humanitären Völkerrechtes (insb. IV. Genfer Konvention zum Schutze von Zivilpersonen) zu beachten und die Bemühungen zur Schaffung von zwei Staaten, Israel und Palästina, innerhalb sicherer und international anerkannter Grenzen, wieder aufzunehmen. Dazu gehört vorab der Rückzug der israelischen Armee aus den palästinensischen Autonomiegebieten, der umso dringlicher ist, als die Erfahrung gezeigt hat, dass diese militärischen Aktionen die Sicherheit nicht etwa erhöht, sondern die palästinensischen Attentate mindestens teilweise geradezu provoziert haben.

Der Nationalrat fordert den Bundesrat auf, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten weiterhin aktiv an den Friedensbemühungen zu beteiligen."

- Berichte

Europarat

02.004/02.006 Bericht des Bundesrates und der Parlamentarier-Delegation

Der Bundesrat legt einen Bericht über die Aktivitäten des Europarates vor.

- Aserbeidschan und Armenien sind neu dem Europarat beigetreten, obwohl deren Menschenrechtsbilanz sehr zu wünschen übriglässt. Der Europarat ist der Ansicht, dass sich besser Druck für Verbesserungen ausüben lässt, wenn diese beiden Länder in den Rat eingebunden werden.
- Neue Rechtsinstrumente sind verabschiedet worden: das Zusatzprotokoll zum Europäischen Abkommen über die Vermittlung von Anträgen auf Rechtshilfe; das Zusatzprotokoll zum Europäischen Übereinkommen zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten; das Zweite Zusatzprotokoll zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen; das Europäische Übereinkommen zum audiovisuellen Erbe und dessen Protokoll über den Schutz von Fernsehproduktionen; das Europäische Übereinkommen über die Cyber-Kriminalität; das Zusatzprotokoll zum Übereinkommen über Menschenrechte und Biomedizin betreffend die Transplantation von Organen und Geweben menschlichen Ursprungs.
- Der – chronisch überlastete – Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Strassburg fällte im letzten Jahr 889 Sachurteile und 8989 weitere Entscheide – das entspricht einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr von ca. 30 Prozent! **Elf Urteile betrafen die Schweiz. In neun Fällen stellte der Gerichtshof eine Verletzung der EMRK fest.**

In der Debatte im Stände- und Nationalrat wurde der Bericht als zu wenig analytisch kritisiert. Bundesrat Deiss wurde aufgefordert, zu zeigen, wie er die Empfehlungen des Europarates umzusetzen gedenke. Gelobt wurde das Engagement der Schweizer Delegierten im Europarat, bemängelt hingegen, dass die Aktivitäten des Europarates in der Öffentlichkeit zu wenig Aufmerksamkeit erhält. *National- und Ständerat* haben von den Berichten Kenntnis genommen.

Schweizer Delegation im Europarat

Die Delegation besteht aus 6 Delegierten und 6 Stellvertreter/innen: François Lachat (Präsident, CVP, Jura), Lisbeth Fehr (SVP, Zürich), Andreas Gross (SP, Zürich), Dick F. Marty (FDP, Tessin), Lili Nabholz-Haidegger (FDP, Zürich), Gian-Reto Plattner (SP, Basel-Stadt), Maximilian Reimann (SVP, Aargau), Walter Schmied (SVP, Bern), Philipp Stähelin (CVP, Thurgau), Ruth-Gaby Vermot-Mangold (SP, Bern), Rosmarie Zapfl-Helbling (CVP, Zürich).

OSZE

02.007 Bericht (APK)

Die parlamentarische Versammlung der OSZE tagte vom 6. bis 10. Juli 2001 in Paris. Sie befasste sich mit Fragen von Politik und Sicherheit, der Globalisierung im sozialen Bereich und dem Schutz der Minderheiten. Die Schweizer Delegierten regten im Ausschuss über die Sicherheitsfrage an, die OSZE solle die demokratische Kontrolle der Streitkräfte aufnehmen. Wenig Resonanz fanden die Schweizer Vorstösse in der Kommission zum Minderheitenschutz, die dahingingen, dass auch eine föderalistische Machtteilung ein wertvoller Beitrag zur Achtung der Menschenrechte sei, weil diese Minderheiten besonders begünstigen könne. Angenommen wurde der Schweizer Antrag, für den Kaukasus die Unterstützungsgruppe der OSZE zu reaktivieren.

In ihren Erläuterungen erinnerte Barbara Haering (SP, Zürich) an die aktiv Rolle der Schweiz in den Anfängen der OSZE; u.a. erwähnte sie das Präsidialjahr der Schweiz (1976?) in der OSZE, als entschieden wurde, Wahlen in Bosnien-Herzegowina durchzuführen; Schweizer Mitarbeitende nahmen an Missionen zum Beispiel in Grosny im ersten Tschetschenienkrieg teil; der Schweizer Botschafter Stoudmann führte die Leitung des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte in Warschau. Haering unterstrich ferner die Wichtigkeit des Dialogs zwischen den Parlamentarier/innen, der insbesondere auch die Länder Zentralasiens und Osteuropas in westliches Gedankengut einbinde und sie in unsere Werthaltung einbeziehe. Der Dialog habe sich in den letzten Jahren intensiviert, sei offener geworden.

Haering wies darauf hin, dass sich die OSZE in einer Krise befinde. Und zwar, weil die geopolitische Veränderung der letzten Jahre dazu geführt hätten, dass die Vereinigten Staaten auf den Multilateralismus nicht mehr angewiesen seien, um ihre Interessen durchzusetzen. Damit sei die OSZE von ihrem Kerngeschäft zurückgedrängt worden, was unter anderem dazu geführt habe, dass die OSZE ihr Budget dieses Jahr noch nicht verabschieden konnte. Die Stärke der OSZE liege in den Missionen vor Ort und darin, dass sie eine breite geographische Spanne aufweise bis hin zu den zentralasiatischen Republiken. Wichtig in den nächsten Jahren sei, sich zu professionalisieren und nicht mehr nur Resolutionen zu verabschieden, sondern auch für das Follow-up dieser Resolutionen gerade zu stehen.

Ständerat und Nationalrat nahmen den Bericht OSZE zur Kenntnis.

Schweizer Delegation OSZE

Barbara Haering (Präsidentin; SP, Zürich), Hans-Rudolf Merz (Vizepräsident; FDP, Appenzell AR), Walter Bosshard (neu seit 2002; FDP, Zürich), Hans Fünfschilling (FDP, Basel-Land), Walter Hess (CVP, St.Gallen), Carlo Schmid (bis 2001; CVP, Appenzell AI), Ulrich Schliier (SVP, Zürich), Rico E. Wenger (SVP, Schaffhausen)

Die OSZE führt zusammen mit der EU und dem Europarat im Frühjahr 2003 im Bundeshaus in Bern eine Konferenz durch zum Thema Förderung der KMU als Basis für eine gesunde und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung.

Aussenwirtschaftspolitik

02.003 Bericht 2001

Der Bericht über die Aussenwirtschaftspolitik liefert regelmässig Anlass zu ausführlichen Ratsdebatten. Dieses Jahr stand im *Nationalrat* die Globalisierung im Vordergrund. Das verwundert nicht: Der Aussenwirtschaftsbericht vertritt – für die einen zu provokant, für die andern gerade richtig – die These, die Globalisierung begünstige die Verringerung der Armut; ohne Globalisierung und ohne Wirtschaftswachstum wäre diese noch viel grösser.

Der SP-Fraktion ging diese Aussage zu weit, so dass sie beantragte, den Bericht in ablehnendem Sinn zur Kenntnis zu nehmen. Positiv wurde gewertet, dass die Armutsbekämpfung im Zentrum des Berichtes stehe. Negativ aber sei, dass alle Überlegungen der Einkommens- und Vermögensverteilung unterschlagen würden und dass der Bundesrat mit Einfachstformeln arbeite. Zum Beispiel bei den Indikatoren der Armut, wo sowohl das UN-Entwicklungsprogramm wie die DEZA mit differenzierteren Zahlen arbeiteten und so zu andern Aussagen kämen. Im Berichte fehle das Thema der Wirtschaftsverbrennen. Kapitalflucht sei ein Hauptgrund für Armut. Hier sei die Rolle des Finanzplatzes Schweiz und das Bankgeheimnisses angesprochen. Bei Korruption, Schmiergeldern, privater Korruption sei die Schweiz grosszügig, sie erlaube praktisch alles. Steuerflucht sei bei uns strafrechtlich nicht verankert wie in anderen Ländern. Darüber sei im Bericht nichts zu finden.

Die FDP-Fraktion lobte den Bericht als umfassend und vielseitig; gerade auch die Verschuldungsproblematik sei nuanciert dargelegt. Willkür, Korruption, fehlende Rechtsstaatlichkeit und fehlende Öffnung der Volkswirtschaften in diesen Staaten seien die Wurzel und die Gründe für fehlendes Wachstum, für Armut und für Ungerechtigkeit. Die Globalisierung bringe den Entwicklungsländern echte Chancen, sich hinaufzuarbeiten.

Die SVP bemängelte, dass im Aussenwirtschaftsbericht die weltweiten Protestaktionen der NGO gegen die Globalisierung nirgends erwähnt bzw. verurteilt würden. Eine weitere Lücke ortete sie bei der weltweiten Verschuldungsproblematik, die zu wenig zum Ausdruck komme.

Die Grünen kritisierten, dass die Auswirkungen der Handelsliberalisierungen auf ärmste Bevölkerungsschichten und vor allem auf die Frauen fehlten. Notwendig seien differenzierte Geschwindigkeiten bei der Umsetzung der Handelsliberalisierung und Regeln. Auch von einem schweizerischen Engagement für ökologische und soziale Rahmenbedingungen an internationalen Konferenzen sei im Bericht nichts zu finden. Die schweizerische Aussenwirtschaftspolitik müsse sich vermehrt mit der Einhaltung von Menschenrechten auseinandersetzen.

Der *Nationalrat* stimmte dem Bericht mit 88 Stimmen zu und lehnte den Antrag der SP-Fraktion mit 41 Stimmen ab.

Ferner genehmigte er acht Bundesbeschlüsse über: Freihandelsabkommen zwischen den Efta-Staaten und dem Haschemitischen Königreich Jordanien; Freihandelsabkommen zwischen den Efta-Staaten und der Republik Kroatien; Änderung des Abkommens zwischen den Efta-Ländern und der Türkei betreffend die gegenseitige Amtshilfe im Zollbereich; Abkommen mit der EU und mit Norwegen im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems; Abkommen über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik Jugoslawien sowie Bosnien und Herzegowina; Rückversicherungsverträge auf dem Gebiet der Exportrisikogarantie zwischen der Schweiz und Frankreich sowie zwischen der Schweiz und Österreich; Internationales Kaffee-Übereinkommen von 2001; Aufgaben der Internationalen Studiengruppe für Jute von 2001.

Fakten aus dem Aussenwirtschafts-Bericht:

- Die Schweiz verdient jeden zweiten Franken mit dem Export von Gütern und Dienstleistungen. Sie ist Nummer 18 aller Staaten nach erwirtschaftetem Bruttosozialprodukt.
- In der OECD brachte die Schweiz auf Ministerebene im Sektor beschäftigungswirksame Strukturanpassung und bei Richtlinien für die Kapazitätsstärkung im Handelsbereich erfolgreich Vorschläge durch, dass Hilfen an ärmste Staaten von Lieferungen an Geberländer entbunden werden.
- Weltweit erstmalig sind die OECD-Regeln für grenzüberschreitende Direktinvestitionen. Beachtenswert sind der neue Kodex für multinationale Unternehmen und die Fristensetzung gegen Steueroasen bei der Bekämpfung des international schädlichen Steuerwettbewerbs.
- Im Rahmen der WTO setzte sich die Schweiz im Bereich der Trips-Abkommen vehement für die Einhaltung der Bestimmungen des geistigen Eigentums ein, aber auch für die Fristverlängerung und für Sonderbedingungen für die ärmsten Länder. Die Schweiz führt ein WTO-Schulungsprogramm für Sachbearbeiter aus WTO-Neuländern durchführt.
- Innerhalb der UNO hat sich das seco für die Marrakesch-Konferenz zum Klimaabkommen und das Brüsseler Antiarmutsprogramm der Unctad eingesetzt. Positiv sind der finanzielle Sektorbeitrag für handelstechnische Assistenz für ärmste Länder, die Verhandlungen zwecks Harmonisierung im Bereich biologische Vielfalt, die Sicherung und der Zugang zu genetischen Ressourcen, wobei die Schweiz Regelungsmöglichkeiten über den Zertifizierungsmechanismus entwickelte.
- Innerhalb der ILO unterstützte die Schweiz das Global Employment Forum; sie präsierte die Arbeitsgruppe über die soziale Dimension der Globalisierung.
- Für die Exportrisikogarantie sind seit sieben Jahren 1,2 Milliarden zurückbezahlt worden. Der Bundesvorschuss hat sich auf 450 Millionen reduziert. Die Investitionsrisikogarantie wurde 2001 nicht beansprucht, das Fondsvermögen umfasst rund 32 Millionen Franken.
- Innerhalb der Umschuldungen laufen auf multilateraler Ebene zurzeit 17 Abkommen, an welchen sich die Schweiz mit 840 Millionen Franken beteiligt.

- Neue Vorstösse

UNO: Einen ganzen Strauss von neuen Vorstössen gingen zur UNO ein (die Abstimmung zum UNO-Beitritt fand just vor Sessionsbeginn statt): Bruno Frick (CVP, Schwyz), Guido Zäch (CVP, Aargau) und Vreni Müller-Hemmi (SP, Zürich) verlangen nach Berichten über Prioritäten und Zielsetzungen der Schweiz in der UNO. Jean Spielmann (Pda, Genf) regt an, die Schweiz solle sich während der UNO-Generalversammlung dafür einsetzen, dass die israelischen Besatzungstruppen die Genfer Konventionen respektierten und sich aus den besetzten Gebieten zurückziehen würde. Cécile Bühlmann (Grüne, Luzern) ermuntert den Bundesrat, sich dafür stark zu machen, dass die Verwaltung der Altstadt von Jerusalem unter ein dauerndes UNO-Mandat gestellt wird.

Vorschläge zur Zusammensetzung der Delegation für die Generalversammlung der UNO macht Andreas Gross (SP, Zürich): Er verlangt, dass neben Diplomaten auch Mitglieder der Bundesversammlung und von NGO nach New York mitzunehmen seien (wie das beispielsweise in den Niederlanden, in Dänemark und Grossbritannien Praxis ist).

Zur Feier der Aufnahme als 190. Mitglied (September 2002) der UNO regt Ruth-Gaby Vermot-Mangold (SP, Bern) die Herausgabe einer Sondermarke an. Remo Gysin (SP, Basel-Stadt) beauftragt den Bundesrat, sich um die Mitgliedschaft der Schweiz in der UNO-Menschenrechtskommission zu bewerben.

Dass als UNO-Mitglied die Schweizer Drogenpolitik nicht mehr passend sei, meint Bernhard Hess (SD, Bern), der in einer Motion den Ausstieg aus dem „Drogenabgabeprogramm“ verlangt.

Asylpolitik: Fragen zu Repressalien gegenüber „Papierlosen“ stellt Anne-Catherine Menétrey-Savary (Grüne, Waadt) in einer Interpellation: Obwohl der Bundesrat in einer Antwort auf eine Interpellation Hess (01.3447) versichert habe, dass eine Verhaftung der ausländischen Kirchenbesetzer/innen ohne Anwesenheitsregelung unverhältnismässig wäre, seien Papierlose nun vermehrt Opfer zahlreicher Repressalien geworden. Sie möchte wissen, ob der Bundesrat diesem Lauf der Dinge tatenlos zuschauen und ob die gegenwärtige Praktik nicht die Grundsätze verletze, die er beschlossen habe.

Besorgnis über ansteigende Asylgesuche aus Jugoslawien und der Türkei zeigt Otto Laubacher (SVP, Luzern) in einer Interpellation.

Arbeit: Vreni Hubmann (SP, Zürich) verlangt in einer Motion, das Gleichstellungsgesetz (Art. 10) so zu ändern, dass keine Rachekündigungen gegen Frauen, die sich wehren, mehr möglich sind. Zusätzlich sei die Dauer des Kündigungsschutzes angemessen zu verlängern. Anlass für diesen Vorstoss ist die Waadtländer Metallarbeiterin, die sich erfolgreich gegen eine Lohndiskriminierung gewehrt hat, dabei aber ihre Anstellung verlor.

Exportrisikogarantie: Befremdet stellt Remo Gysin (SP, Basel-Stadt) in einer Interpellation fest, dass die Schweiz für das umstrittene Staudammprojekt Bujagali in Uganda einer Exportrisikogarantie zugestimmt habe, obwohl die Weltstaudamm-Kommission und NGO gegen dieses Bauvorhaben grosse Bedenken äusserten. Gysin verlangt, dass der Bundesrat den ERG-Entscheid nochmals überprüft.

Extremismus: Die CVP verlangt mit einem Postulat einen Bericht über das Phänomen „Extremismus“ und seine Auswirkungen auf die Sicherheit in der Schweiz. Der Bericht soll eine Strategie enthalten, wie das Phänomen zu bewältigen sei.

Ausblick auf Sommer-Session 3. bis 21. Juni 2002

Das neue Ausländergesetz, das Bundesrätin Metzler im März präsentiert hat, bringt Verschärfungen für viele Migrant/innen. Deshalb hat das neue Gesetz bereits Proteste der Linken (aber auch der Rechten) hervorgerufen. Ein Referendum wird von der Debatte des Ausländergesetzes in den Räten abhängig gemacht. Der *Nationalrat* wird es als Erstrat voraussichtlich in der Sommer-Session (Juni) behandeln, der *Ständerat* in der Winter-Session (25. November bis 13. Dezember).

Abkürzungen

EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
ILO	Internationale Arbeitsorganisation (International Labour Organisation)
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
UNO	Vereinte Nationen
WTO	Welthandelsorganisation

Departemente

EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
EDI	Eidgenössisches Departement des Innern
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
VBS	Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
EFD	Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement
UVEK	Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation
DEZA	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit

Kommissionen

APK	Aussenpolitische Kommission
GPK	Geschäftsprüfungskommission
SGK	Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit
SPK	Staatspolitische Kommission
WAK	Kommission für Wirtschaft und Abgaben
WBK	Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur

Parteien

CVP	Christlichdemokratische Volkspartei
FDP	Freisinnig-Demokratische Partei
Grüne	Grüne Partei
LPS	Liberale Partei
PdA	Partei der Arbeit
SD	Schweizer Demokraten
SP	Sozialdemokratische Partei
SVP	Schweizerische Volkspartei